



Amtsgericht Mönchengladbach-Rheydt

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Montag, 18.05.2026, 11:00 Uhr,

2. Etage, Sitzungssaal 202, Brucknerallee 115, 41236 Mönchengladbach-Rheydt

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Wickrath, Blatt 4764,

BV lfd. Nr. 1

42,223/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Wickrath, Flur 2, Flurstück 638, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schönbergstraße 14, 16, 18, 20, Größe: 5.548 m²

verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung im Haus Nummer 16 im I.

Obergeschoss rechts, Nummer 16 des Aufteilungsplanes, mit Kellerraum, Nr. 16 des Aufteilungsplanes.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten ist das Wohnungseigentum im 1. Obergeschoss rechts nebst Kellerraum Bestandteil einer dreigeschossigen Wohnanlage, bestehend aus vier Wohnhäusern mit insgesamt 24 Wohneinheiten, die ca. 1963, in konventioneller Massivbauweise, voll unterkellert, mit nicht ausgebauten Satteldächern errichtet wurde. Die Aufteilung in Wohnungseigentum erfolgte mit Teilungserklärung vom 29. Juli 1981. Sondernutzungsrechte wurden nicht eingeräumt.

Im Übrigen wird zur näheren Beschreibung auf das im Internet eingestellte und auf der Geschäftsstelle einsehbare Wertgutachten Bezug genommen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.06.2024

eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

78.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.